



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
am 27. April 2010
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

<u>Vorsitz :</u>	Stefan Spallek (CDU)
Anwesende Ausschussmitglieder:	siehe Anlage 1
Ferner anwesend:	siehe Anlage 2
Tagesordnung:	siehe Anlage 3
Veröffentlichung:	siehe Anlage 4
Beginn (öffentlicher Teil): 17:25 Uhr	Ende: 18:45 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 13/10, 14/10

(Drucksachenband 147)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0033 Tagesordnung

1. Punkt 10 der Tagesordnung wird nicht öffentlich beraten.
2. Ansonsten werden gegen die Tagesordnung keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

0034 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 27.04.2010 wird genehmigt.

Einstimmig

0035 10-F-25-0039

Sommerferien in Wiesbaden
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen
vom 21.04.2010 -

Vors. Spallek begründet den Antrag.

Stv. Bohrer weist darauf hin, dass die Angebote des städt. Sommerferienprogramms immer sehr gut nachgefragt werden. Man sollte versuchen sicherzustellen, dass die Gastkinder auch Plätze bekommen und teilnehmen können.

Stv. Schickel begrüßt und unterstützt den Antrag. Da die Delegation aus Fatih nicht lange da ist, sollte man möglichst rasch Gastfamilien finden.

Vors. Spallek weist darauf hin, dass man Gastfamilien suchen wird, aber auch an eine Unterbringung in der Jugendherberge denken müsste.

Einstimmig

0036 10-F-25-0040

DeutschSommer
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen
vom 21.04.2010 -

Stv. Karpidou begründet den Antrag.

**Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 27. April 2010**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Wiesbaden nimmt an dem Projekt teil, Frankfurt ist schon seit 4 Jahren dabei.
Es ist von Interesse, welche Ziel das Projekt hat, wie viele Mittel verwendet sollen und welche Erfahrungen mit dem Projekt gemacht wurden.

Frau Rudolph (Einwohner- und Integrationsamt) berichtet, dass Drittklässler für dieses Projekt in Frage kommen. Kinder, die einen höheren Förderbedarf haben, sollen in den Sommerferien gezielt unterstützt werden. Es stehen 30 Plätze zur Verfügung. Alle Grundschulen sind beteiligt. Es werden 2 Std. Deutsch und 2 Std. Theater mit Deutschunterricht erteilt. Das Projekt läuft in Frankfurt mit gutem Erfolg.

Das Projekt kostet 63.570 €, darin ist die LHW mit 20.000 €, die Deutsche Bank Stiftung mit 20.000 € und das Kultusministerium mit 20.000 € beteiligt. Zusätzlich hat die Deutsche Bank 12.000 € zur Verfügung gestellt und eine Spende i. H. v. 1.500 € aus dem Jugendherbergsprogramm sind eingegangen. Dadurch ist eine zusätzliche Förderwoche in den Weihnachtsferien möglich geworden. Bisher sind alle Grundschulen in Wiesbaden informiert worden. Die Rüdeshheimer Jugendherberge ist als Schulungsort vorgesehen. Es herrscht eine große Nachfrage. Die 30 Plätze werden mit 4 Kindern überbucht, weil erfahrungsgemäß noch einige Kinder abspringen.

In Frankfurt hat man deutliche Fortschritte der Kinder in den Bereichen Grammatik und Wortschatz feststellen können.

Stv. Schickel fragt nach den Auswahlkriterien.

Darauf kann Frau Rudolph leider keine Antwort geben. Sie weiß aber, dass es einen einheitlichen Test gibt, an dem die Kinder teilnehmen.

Stv. Konaka möchte wissen, wie viele Mädchen und wie viele Jungen in der Gruppe vertreten sind und aus welchen Schulen die Kinder stammen.

Nach Auskunft von Frau Rudolph ist fast jede Wiesbadener Grundschule in der Gruppe vertreten.

Stv. Bohrer wirft ein, dass sicher gut ausgewählt wird, wenn ein einheitlicher Test gemacht wird.

Stv. Konaka fragt nach, ob denn im kommenden Jahr mehr Kinder an dem Förderkurs teilnehmen können, wenn das Projekt in diesem Jahr erfolgreich ist.

Stv. Bohrer regt an, die Theaterprojekte, die in der Stadt angeboten werden, evtl. mit dem Projekt zu verknüpfen. Diese Anregung nimmt Frau Rudolph gern mit.

Nach der Sommerpause wird im Ausschuss über den Erfolg des Projektes berichtet.

Einstimmig

0037 10-F-06-0022

Mehr Bürgerinformation und Bürgerbeteiligung in der Stadtpolitik!
- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 20.04.2010 -

Stv. Bohrer begründet den Antrag. Das Thema wurde schon des Öfteren besprochen. Die Ortsbeiräte hätten vorgeschlagen, mehr Bürgerversammlungen abzuhalten. In der letzten Zeit hätte es aber

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 27. April 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Bürgerversammlungen lediglich zu Bebauungsplänen gegeben, aber keine, für nicht vorgeschriebene Themenbereiche.

In den 80-iger Jahren sei das anders gewesen. Der Antrag hätte appellierenden Charakter. Zu dem Thema hätte es auch eine Anfrage gegeben, die aber noch beantwortet worden sei. Es hätte u.a. zu der Offenlegung des Regionalplanes keine Bürgerversammlung stattgefunden. Diese war auch nicht zwingend vorgeschrieben, wurde aber vom Regierungspräsidenten angeregt. Auch bei kleineren Vorhaben seien Bürgerversammlungen in den Ortsbezirken sinnvoll.

Stv. Reitz erklärt dazu, dass man damit ein Fass aufmachen würde, das nicht beherrschbar wäre. Er hält es auch nicht für sinnvoll, ständig Bürgerversammlungen durchzuführen.

An die zitierten 80-iger Jahre könne er sich auch erinnern. Da hätte es z. B. vor der Einführung des Anwohnerparkens eine Bürgerversammlung gegeben, was für dieses spezielle Thema sicher auch sinnvoll war.

Die Bürger/innen hätten heute genügend Möglichkeiten zur Partizipation, da müsse man die Bürgerversammlungen nicht überstrapazieren. Die Ortsbeiräte könnten außerdem für ortsspezifische Themen Versammlungen durchführen, wenn sie es für sinnvoll halten. Ansonsten sollte man es bei den gesetzlich vorgeschriebenen Bürgerversammlungen belassen.

Es stelle sich außerdem die Frage, welchen Nutzen Bürgerversammlungen hätten, die zudem eine hohe Arbeitsbelastung und auch Kosten für die Verwaltung nach sich zögen. Es seien Gremien vorhanden, in denen interessierte Bürger/innen mitreden könnten - der jetzige Rahmen sei ausreichend.

Stv. Schickel fragt sich, wie man Bürger/innen an die Politik heranführen und beteiligen könne. Der Bürgerhaushalt sei ein Negativ-Beispiel gewesen.

Bei den Bürger/innen mische sich Gleichgültigkeit mit Bequemlichkeit. Er habe langjährige Erfahrung in der Ortsbeiratsarbeit. Er frage sich schon, ob man resignieren oder die Bürger/innen stärker in den Prozess einbinden solle. Man brauche vielleicht eine Stabstelle.

Die SPD sei schon sehr interessiert, die Gleichgültigkeit der Bürger/innen an der Politik zu verändern, aber der Antrag der Linken Liste sei zu unkonkret.

Stv. Dumont berichtet von ihren Erfahrungen aus dem Ortsbeirat. Bürger/innen würden die Sitzungen der Ortsbeiräte verlassen, sobald „ihr“ Thema behandelt worden sei. Die Ortsbeiräte seien zwar gewählt und stellten einen Schnitt durch die Bevölkerung dar, aber es herrschten doch oft unterschiedliche Auffassungen.

Stv. Bohrer berichtet, dass der Magistrat unter OB Achim Exner die HGO konsequent genutzt und umgesetzt hätte.

Es sei natürlich aufwändig für die Verwaltung, Bürgerversammlungen durchzuführen, aber es würde sich rechnen.

Gerade aktuell hätte es vielleicht nach einer Bürgerversammlung andere Entscheidungen zur Fichtestraße gegeben - jetzt würden Bürger/innen gegen die Entscheidung klagen.

Auch die Verlegung des Schachfeldes im Kurpark sei so ein Beispiel, dass etwas umgesetzt wird, ohne die Bürger/innen vorher zu befragen.

Es gibt nach seiner Auffassung keine faire gleichberechtigte Diskussion im Ortsbeirat.

Er sieht eine stärkere Bürgerbeteiligung als notwendige Ergänzung an, wenn etwas gegen die sinkende Wahlbeteiligung getan werden soll.

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 27. April 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Vors. Spallek warnt vor einer Pauschalisierung. Bürger/innen hätten auf jeden Fall die Möglichkeit, zu Wort zu kommen. Auch in den Ausschüssen würden z. B. Bürger in der Diskussion von Sachpunkten als sachkundige Bürger/innen zugelassen.

Stv. Reitz weist Stv. Bohrer darauf hin, dass die Bürger/innen sehr wohl in die Entscheidung um die Fichte mit einbezogen wurden, denn der Ortsbeirat habe sich mit der Maßnahme beschäftigt. Außerdem gäbe es immer die Möglichkeit, Interessen Einzelner im Klageweg durchzusetzen. Er ist gegen den Grundgedanken, dass man mehr Bürgerversammlungen durchführen müsse. Es sei keine eine Bringschuld der Gemeinde, Bürger/innen zu bespaßen. Bürger/innen müssten sich auch von selber für die Politik „ihrer“ Stadt interessieren und z. B. die Sitzungen der Ortsbeiräte besuchen. Es habe eine Entwicklung hin zur Selbstbedienungsdemokratie gegeben, es seien aber genug Gremien zur Bürgerbeteiligung vorhanden.

Stv. Müller erkennt zwei unterschiedliche Grundhaltungen. Er geht davon aus, dass auch durch mehr Bürgerversammlungen die Bürger/innen sich nicht mehr an der Politik beteiligen. Man müsse auch bedenken, dass Bürgerversammlungen keine wirklichen Entscheidungen bringen, sondern die Bürger/innen höchstens besser informieren.

Der vorliegende Antrag helfe da gar nicht weiter.

Er kann sich an die Bürgerversammlung zur Moritzstraße vor 3 Jahren erinnern. Die Bürger/innen waren damals schon dafür, dass das, was jetzt dort geschieht, auch passieren solle.

Es habe unterm Strich wenig Sinn, neue Veranstaltungen zu erfinden. Die Wahlmüdigkeit würde dadurch auch nicht bekämpft. Der Antrag mache einfach keinen Sinn.

Stv. Bohrer möchte die Behauptung, es handele sich bei Bürger/innen oft um Selbstbedienungsmentalität, zurückweisen. Gerade bei der Fichtestraße und der Verlegung des Schachbretts hätte man viel Geld sparen können, wenn man die Bürger/innen angehört hätte.

gegen Linke Liste bei Enth. SPD abgelehnt

0038 09-F-01-0057

Sachstand Städtepartnerschaften
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion -

Vors. Spallek berichtet darüber, dass sich der Arbeitskreis mit allen Vertreter/innen der Partnerschaftsvereine getroffen habe.

Alle Vertreter/innen hätten einen Kurzabriss über die Arbeit und Aktivitäten der Vereine gegeben und hätten sich in der Vergangenheit auch schon im Ausschuss vorgestellt.

Wenn es Partnerschaftsvereine gäbe, laufe die Arbeit und der Austausch mit der Partnergemeinde sehr gut.

Der Ausschuss werde sich auch in der Zukunft mit den Partnerschaftsvereinen beschäftigen und z. B. versuchen, eine Lösung für das Nachwuchsproblem zu finden. So habe gerade der Verein Kfar Saba Nachwuchsprobleme - hier müsse promotet werden.

Für die zukünftige Partnerstadt Fatih sei es wichtig, dass es auf die Partnerschaftsvereine zurückgreifen könne, was die bestehenden Partnerschaftsvereine zugesagt hätten.

**Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 27. April 2010**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Auf Nachfrage von Stv. Bohrer erklärt Frau Zieren-Hesse, dass das Hauptamt die Städtepartnerschaften betreut und 1,75 Stellen dafür vorgesehen sind. Eine Erweiterung ist hier nicht vorgesehen. Aber auch von Kürzungen ist nichts bekannt.

Vors. Spallek geht auch davon aus, dass der Magistrat ohne die Stadtverordnetenversammlung keine Stellenkürzungen durchführen wird.

Stv. Schickel bittet um einen Hinweis an die Fraktionen, wenn die Partnerschaft mit Fatih aktuell wird. Man werde die Verwaltung sicher nicht im Regen stehen lassen und ihr nicht noch mehr Arbeit aufbürden. Das sei im Rahmen des nächsten Doppelhaushalts zu berücksichtigen. Er sorgt sich um die Vereine bzw. Partnerschaften, die kurz vor dem Einschlafen stehen. Vielleicht könne man diese Vereine oder Partnerstädte offiziell z. B. zum Weinfest einladen.

Frau Zieren-Hesse hat in Erinnerung, dass zum diesjährigen Weinfest Klagenfurt anwesend ist.

Vors. Spallek berichtet, dass er mit Dezernat V geredet habe. Man sei dabei, mit Gent Beziehungen aufzunehmen. Man strebe außerdem ein Projekt an („Vegetarischer Montag“), bei dem Paul McCartney Schirmherr sei.

Stv. Konaka berichtet, dass keine Kandidatur der deutsch-griechischen Gesellschaft zurückgezogen wurde.

Vors. Spallek gibt bekannt, dass in die Juni-Sitzung des Arbeitskreises Städtepartnerschaften die Herren Prof. Dr. Dietram Müller und Georgios Charissopoulos eingeladen werden (Bewerbung griechischer Gemeinden).

Einstimmig

0039 10-V-30-0004

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk IX
Wiesbaden Breckenheim (mit Medenbach und Igstadt)

Einstimmig

0040 10-V-30-0007

Vorschlag für die Wahl zweier Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk VI
Wiesbaden-Schiersteinb

Einstimmig

0041 Bericht der Dezernentin

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Dezernentin zur Kenntnis, wonach:

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 27. April 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

- im Bürgerbüro eine Kinderspielecke eingerichtet wurde,
- ab November Änderungen im Personalausweiswesen in Kraft treten (Fingerabdruck, elektronische Signatur) und
- das Projekt „Gelbe Karte“ in Karlsruhe erfolgreich läuft und ähnliche Erfolge auch für Wiesbaden erwartet werden.

Einstimmig

0042 Verschiedenes

1. Vorsitzender Spallek weist auf das am Mittwoch, 28.04.2010, um 16.30 Uhr geplante Treffen des Ausschusses mit Vertretern der Gemeinde Fatih im Stadtverordnetensitzungssaal hin.
2. Ansonsten wird zu diesem Punkt das Wort nicht gewünscht.

Einstimmig

nicht öffentliche Sitzung

0044 10-A-21-0001

Wiesbadener Integrationsgespräche

1. Als Thema für das 1. Wiesbadener Integrationsgespräch in 2010, das am 07.09.2010 ca. 18 Uhr im Stadtverordnetensitzungssaal stattfinden soll, wird festgelegt:

„Botschafter für Integration“

2. Für die Zukunft sind 2 Gespräche pro Jahr geplant.
3. Eine Sitzung des für die Wiesbadener Integrationsgespräche angedachten Arbeitskreises wird vor der Sommerpause nicht stattfinden, weil zeitgleich der Arbeitskreis Städtepartnerschaften tagt. Daher wird Stadträtin Zeimetz in der Sitzung des Ausschusses am 15.06.2010 unter dem Standardpunkt „Bericht der Dezernentin“ über den Fortgang in der Vorbereitung berichten.
4. Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass das Einwohner- und Integrationsdezernat bereits einen Flyer und auch ein Plakat entworfen hat.

Einstimmig

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 27. April 2010

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Anlagen

Wiesbaden, .05.2010

Vorsitzender

Schriftführerin

Weitere Schriftführerin

Spallek

Karipidou

Koba